

Aspekte der Einkommensverteilung

Fischer, Berthold

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fischer, B. (2010). Aspekte der Einkommensverteilung. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 5, 3-8. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-413445>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Aspekte der Einkommensverteilung



Dr. Berthold Fischer

Vor dem Hintergrund der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit handelt es sich bei der Einkommensverteilung um eine Grundfrage, die wohl kaum eine Gesellschaft unberührt lässt. Informationen über die Höhe und Verteilung der erwirtschafteten Einkommen können die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bereitstellen. Hiernach ist den baden-württembergischen Wirtschaftseinheiten im Jahr 2007 insgesamt ein Bruttonationaleinkommen von rund 369 Mrd. Euro zugeflossen. Die Lohnquote als Anteil der empfangenen Arbeitnehmerinkommen am Volkseinkommen belief sich auf gut 63 %. Nach den Umverteilungsmaßnahmen des Staates verblieb den Baden-Württembergern pro Kopf ein im Bundesländervergleich deutlich überdurchschnittliches verfügbares Einkommen von knapp 20 200 Euro. Bis zur Finanzkrise haben sich im langfristigen Vergleich insbesondere die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte sehr dynamisch entwickelt.

Das globale Maß der Einkommensrechnung der VGR ist das Bruttonationaleinkommen. Es gibt an, wie viel Einkommen den inländischen Wirtschaftseinheiten einer Volkswirtschaft in einem Berichtsjahr zugeflossen ist. Das Bruttonationaleinkommen unterscheidet sich vom Bruttoinlandsprodukt, die Summe der in einer Region erbrachten wirtschaftlichen Leistungen, durch den Saldo der über die Landesgrenze fließenden Primär- bzw. Erwerbs-, Unternehmens- und Vermögenseinkommen (*Übersicht*). Seit 1991 nahm das Bruttonationaleinkommen in Baden-Württemberg kontinuierlich zu, sodass es sich im Jahr 2007¹ auf rund 369 Mrd. Euro belief. Fast in allen Jahren war das Bruttonationaleinkommen größer als das Bruttoinlandsprodukt, zuletzt um rund 11 Mrd. Euro (*Tabelle*). Das heißt, dass nach Baden-Württemberg vom Ausland und von den anderen Bundesländern mehr Primäreinkommen zugeflossen ist, als im Gegenstrom von Baden-Württemberg ins Ausland und in die anderen Bundesländer. Die Ursache für diesen positiven Saldo liegt offensichtlich bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen², die Baden-Württemberg aus dem Ausland und den anderen Bundes-

ländern bezieht. Denn beim Erwerbseinkommen fließt vor allem aufgrund eines Einpendlerüberschusses in Baden-Württemberg mehr Einkommen ab als zufließt. Im Durchschnitt des Jahres 2007 war bei den Arbeitnehmern ein Saldo der Ein- und Auspendler von rund 125 000 Personen zu registrieren, der per saldo zu einem Abfluss von Arbeitnehmerentgelt in Höhe von rund 6 Mrd. Euro führte. Demgegenüber ist rein rechnerisch den in Baden-Württemberg ansässigen Wirtschaftseinheiten über die Landesgrenze per saldo ein Unternehmens- und Vermögenseinkommen von rund 17 Mrd. Euro zugeflossen. Auch in Deutschland lag 2007 das Bruttonationaleinkommen über dem Bruttoinlandsprodukt.

Größter Teil des Primäreinkommens entfällt auf private Haushalte

Für die Darstellung der Einkommen nach den Sektoren einer Volkswirtschaft wird das Primäreinkommen verwendet, das auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene als Nettonationaleinkommen bezeichnet wird. Hierbei sind als Sektoren die nicht finanziellen und finanziellen Kapitalgesellschaften, der Staat und die privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) zu unterscheiden. Allerdings können in den regionalen VGR im Gegensatz zu den nationalen VGR aufgrund der eingeschränkten Datenverfügbarkeit nicht alle Sektoren getrennt dargestellt werden. So lassen sich nur die Primäreinkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) separat nachweisen. Für die nicht finanziellen und finanziellen Kapitalgesellschaften – vereinfacht ausgedrückt: die Unternehmen – und den Staat besteht nur die Möglichkeit eines Gesamtnachweises anhand der Differenz des gesamten Primäreinkommens abzüglich des auf die privaten Haushalte entfallenden Primäreinkommens.

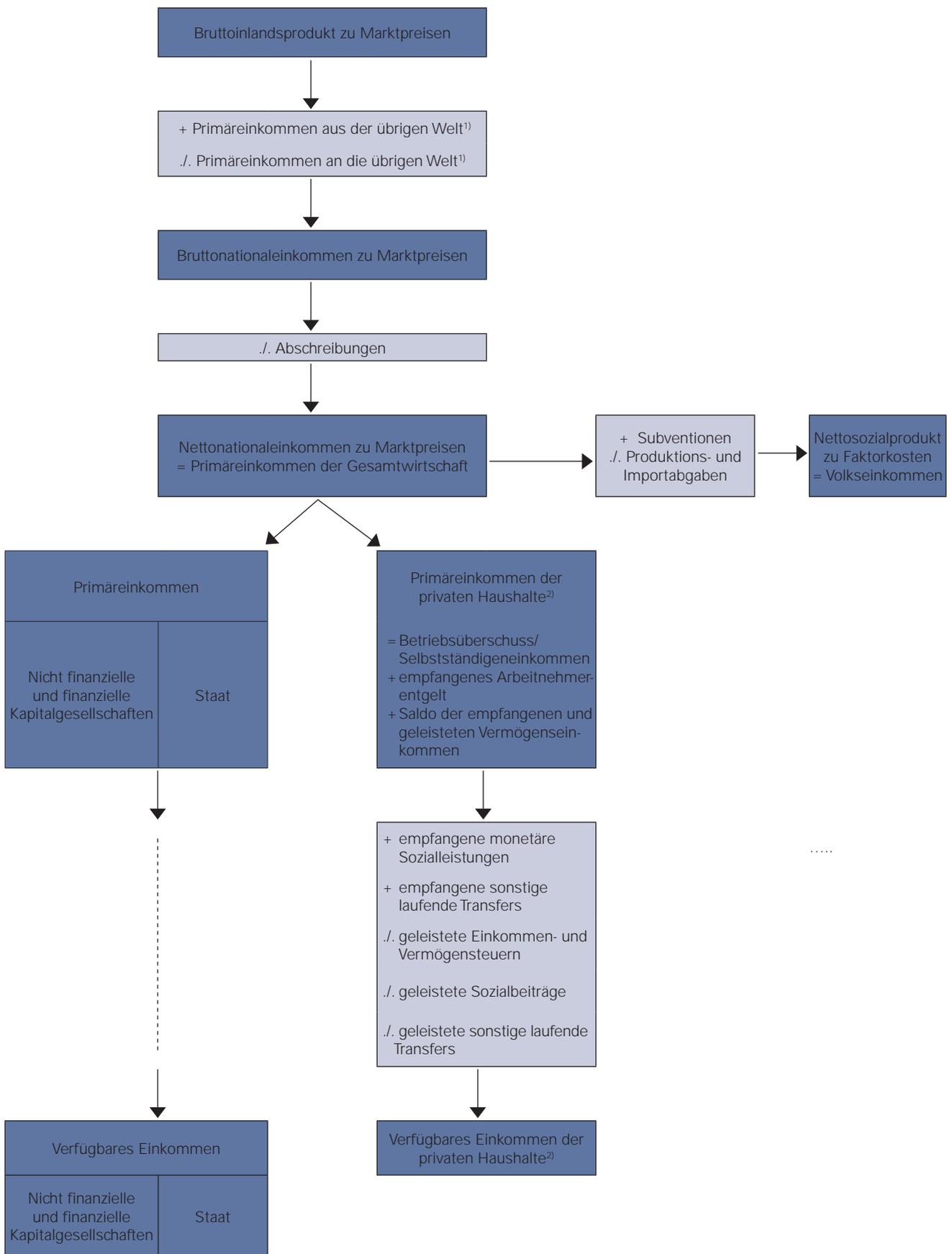
Der größte Teil des Primäreinkommens entfällt auf die privaten Haushalte. In Baden-Württemberg waren es 2007 mit 266 Mrd. Euro rund 83,5 %. Damit konnten die Unternehmen und der Staat nur 16,5 % des gesamten Primäreinkommens bzw. des Nettonationaleinkommens

Dipl.-Volkswirt Dr. Berthold Fischer ist Leiter des Referats „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

¹ Aufgrund der in den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingeschränkten Datenverfügbarkeit können die Einkommensberechnungen erst im zweiten des dem Berichtsjahr folgenden Jahres durchgeführt werden.

² Bezogen auf alle Sektoren und damit einschließlich des Saldos des Zu- und Abflusses von Primäreinkommen des Staates.

Ü Ableitungsschema für volkswirtschaftliche Einkommensgrößen



1) Übrige Welt in der regionalen VGR = Ausland und andere Bundesländer. – 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

von 318 Mrd. Euro auf sich vereinen. Allerdings sind seit der Jahrtausendwende bei den privaten Haushalten deutliche Anteilsverluste zu verzeichnen. 2001 hatten sie noch einen Anteil am Primäreinkommen von 89,3 %. Entsprechend stark ist der Anteil des zusammengefassten Sektors Unternehmen und Staat gestiegen.

Haupteinkommensquelle der Unternehmen ist der Betriebsüberschuss³, beim Staat sind es die

Produktions- und Importabgaben (zum Beispiel Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Zölle). Angaben für die Anteile der Unternehmen und des Staates am Primäreinkommen liefern, wie oben dargelegt, nur die nationalen VGR. Demnach entfielen in Deutschland 2007 auf die Unternehmen 5,6 % und auf den Staat 10,7 % des Primäreinkommens.⁴ In einer ähnlichen Größenordnung dürften sich auch die Anteile dieser Sektoren in Baden-Württemberg bewegen.

T

Bruttoinlandsprodukt, Nationaleinkommen, Volkseinkommen und Verfügbares Einkommen*) der privaten Haushalte**) in Baden-Württemberg seit 1991

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Bruttonationaleinkommen	Nettonationaleinkommen	Volkseinkommen			Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte
				insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländerkonzept)	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	
Mrd. EUR							
1991	231,9	234,4	201,7	180,1	123,4	56,6	142,6
1995	261,1	262,4	222,8	198,0	138,0	60,0	160,6
2000	297,4	299,6	256,7	224,7	156,6	68,1	183,1
2001	309,5	309,0	265,0	232,0	161,2	70,9	192,1
2002	312,0	313,3	268,5	235,2	163,4	71,8	194,3
2003	315,2	319,1	273,9	239,7	164,7	75,1	199,1
2004	319,9	330,7	284,7	249,7	165,5	84,2	202,3
2005	322,7	337,0	289,8	254,5	165,1	89,4	207,6
2006	340,2	352,6	304,3	266,2	168,7	97,5	212,6
2007	357,6	368,6	318,0	276,0	174,4	101,6	217,0
1991 := 100							
1991	100	100	100	100	100	100	100
1995	112,6	111,9	110,5	110,0	111,8	106,0	112,6
2000	128,2	127,8	127,3	124,8	126,8	120,3	128,4
2001	133,4	131,8	131,4	128,8	130,6	125,1	134,7
2002	134,5	133,6	133,1	130,6	132,4	126,7	136,2
2003	135,9	136,1	135,8	133,1	133,4	132,6	139,6
2004	137,9	141,1	141,2	138,7	134,1	148,6	141,8
2005	139,1	143,7	143,7	141,3	133,7	157,9	145,5
2006	146,7	150,4	150,9	147,8	136,7	172,1	149,1
2007	154,2	157,2	157,7	153,3	141,3	179,3	152,2
Anteil an Deutschland in %							
1991	15,1	15,2	15,2	15,1	14,6	16,4	14,3
1995	14,1	14,3	14,2	14,2	13,8	15,0	13,5
2000	14,4	14,7	14,8	14,7	14,2	16,1	13,9
2001	14,6	14,8	14,9	14,9	14,4	16,1	14,0
2002	14,6	14,8	15,0	14,9	14,5	16,0	14,0
2003	14,6	14,8	15,0	15,0	14,5	16,1	14,1
2004	14,5	14,8	15,0	14,9	14,6	15,7	14,1
2005	14,4	14,8	15,0	15,0	14,6	15,8	14,2
2006	14,7	14,9	15,1	15,1	14,7	15,8	14,3
2007	14,8	15,0	15,1	15,1	14,7	15,8	14,3

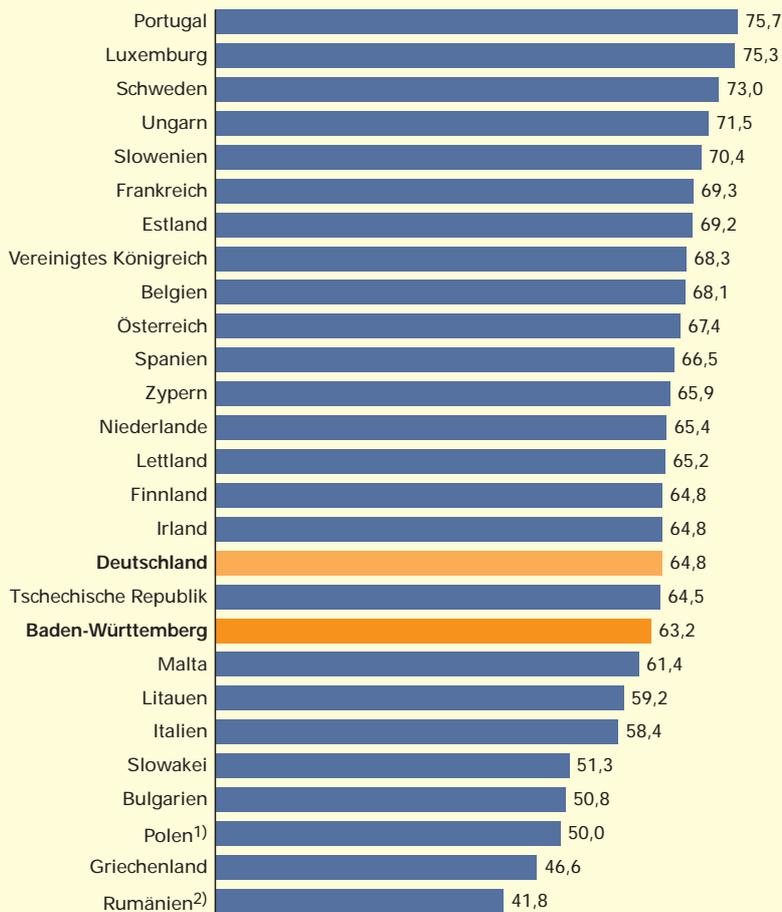
*) Alle Angaben in jeweiligen Preisen. – **) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
 Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Berechnungsstand August 2008.

3 Bei den finanziellen Kapitalgesellschaften wie Banken und Versicherungen stellen die empfangenen Vermögenseinkommen (zum Beispiel Zinsen) die bedeutendste Einkommensquelle dar.

4 Statistisches Bundesamt, Inlandsproduktberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, Fachserie 18/Reihe 1.4, 2007, S. 202.

S1

Lohnquote*) in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 2007



*) Anteil des Arbeitnehmerentgelts (Inländerkonzept) am Volkseinkommen in %; – 1) Daten für 2006. – 2) Daten für 2004.

Datenquellen: Eurostat, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

204 10

Deutlicher Rückgang der Lohnquote

Von zentraler Bedeutung für die Einkommensverteilung ist auch das Volkseinkommen bzw. das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, die Summe der erwirtschafteten Erwerbs-, Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Letztendlich weist es das den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zustehende Einkommen nach und gibt Aufschluss über die sogenannte funktionale Einkommensverteilung. Dabei steht die Lohnquote, gemessen als der Anteil des von den privaten Haushalten empfangenen Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen, oft im Mittelpunkt verteilungspolitischer Diskussionen.

In Baden-Württemberg betrug 2007 die Lohnquote 63,2 %, womit sie etwas unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 64,8 % lag. 1991 hat sie im Südwesten noch 68,5 % betragen

(Deutschland: 71 %). Insbesondere ab 2004 ist im Land wie im Bund ein deutlicher Rückgang der Lohnquote zu registrieren, sodass offensichtlich vor allem der Produktionsfaktor Kapital vom damals konjunkturellen Aufschwung profitieren konnte. Auch in der um die Veränderungen der Beschäftigtenstruktur bereinigten Lohnquote⁵ spiegelt sich diese Entwicklung wider. Die bereinigte Lohnquote belief sich 2007 in Baden-Württemberg auf 64 % und in Deutschland auf 66,3 %.

Im europäischen Vergleich lag die baden-württembergische und deutsche Lohnquote 2007 eher im Mittelfeld (*Schaubild 1*). Die extrem niedrigen Lohnquoten zum Beispiel in Griechenland, Polen und Rumänien dürften sich vor allem durch die dort vorzufindenden stark kleingewerblich und landwirtschaftlich geprägten Strukturen und der damit hohen Selbstständigquote erklären.

Vermögenseinkommen verdoppelt

Die bereits dargestellte Verteilung der Primäreinkommen gibt aufgrund des hierzulande sehr hohen Anteils der privaten Haushalte von über vier Fünfteln Hinweise darauf, dass dieser Wirtschaftssektor neben dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit noch andere bedeutende Einkommensquellen haben muss. Zum einen sind es die Vermögenseinkommen wie Zinsen, Ausschüttungen, Gewinnentnahmen und Pachteinkommen, zum anderen die Selbständigeneinkommen aus haushaltsnahen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und der Vermietung eigener Wohnungen sowie der Betriebsüberschuss, sprich der Mietwert, eigen genutzter Wohnungen. Die Vermögenseinkommen⁶ der privaten Haushalte in Baden-Württemberg haben sich seit 1991 auf 60 Mrd. Euro verdoppelt, sodass sie 2007 einen Anteil am Primäreinkommen der privaten Haushalte von 22,6 % erreichten (Deutschland: 20,4 %). Auf die Einwohner des Landes umgerechnet, ergab sich somit 2007 pro Kopf ein Vermögenseinkommen von fast 5 600 Euro (Deutschland: 4 400 Euro).

Weit weniger dynamisch entwickelten sich die Selbständigeneinkommen und der Betriebsüberschuss, deren Anteil zusammen bis 2007 auf 11,7 % schrumpfte (Deutschland: 12,4 %). Immerhin belief sich das Volumen dieser Einkommenskategorien 2007 auf gut 31 Mrd. Euro. Insofern profitieren die privaten Haushalte über ihr Vermögen und ihre unternehmerischen Tätigkeiten in nicht unerheblichem Umfang von der Querverteilung zwischen den Einkommen der Produktionsfaktoren.

⁵ Bei der Berechnung der bereinigten Lohnquote wird unterstellt, dass sich ausgehend von der Beschäftigtenstruktur eines Basisjahres (hier: 1991) der Anteil der Arbeitnehmer und der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Zeitablauf nicht verändert hat.

⁶ Genau genommen geht es um den Saldo der empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen, der bei den privaten Haushalten insgesamt im Allgemeinen positiv ist.

Das empfangene Arbeitnehmerentgelt ist in Baden-Württemberg von 1991 bis 2007 um gut 41 % auf ein Volumen von gut 174 Mrd. Euro angestiegen. Das entsprach einem Anteil am Primäreinkommen der privaten Haushalte von 65,7 % (Deutschland: 67,2 %). Damit ist das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit für die privaten Haushalte nach wie vor die Haupteinnahmequelle (*Schaubild 2*). Je Arbeitnehmer belief sich 2007 hierzulande das Arbeitnehmerentgelt auf gut 36 000 Euro (Deutschland: 34 000 Euro).

Beachtliches Umverteilungsvolumen

Ausgehend vom Primäreinkommen korrigiert der Staat entsprechend der sozialpolitischen Zielsetzungen die Einkommensverteilung der privaten Haushalte, indem er einerseits Einkommen- und Vermögensteuern sowie Sozialbeiträge erhebt und andererseits Sozialleistungen – zum Beispiel Alters- und Hinterbliebenrenten, Hilfen für Menschen in prekären Lebenslagen – gewährt.⁷ Damit erfolgt der Übergang von der primären zur sekundären Einkommensverteilung, deren Ergebnis das Verfügbare Einkommen ist. Insgesamt kam in Baden-Württemberg 2007 bei den privaten Haushalten ein Volumen von gut 174 Mrd. Euro⁸ zur Umverteilung. Das waren mit rund zwei Dritteln des Primäreinkommens der privaten Haushalte praktisch genau so viel, wie den Baden-Württembergern an Arbeitnehmerentgelt zugeflossen ist. Dabei stellten die geleisteten Sozialbeiträge und die empfangenen monetären Sozialleistungen mit gut 65 bzw. 53 Mrd. Euro die größten Posten dar. Fast zwei Drittel der Sozialleistungen entfielen auf die Alters- und Hinterbliebenerversorgung, die sich seit 1991 nicht zuletzt aufgrund der voranschreitenden Alterung der Bevölkerung fast verdoppelt haben und 2007 nahezu dem Wert der geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern von rund 36 Mrd. Euro entsprachen.

Trotz Einkommensabfluss hoher Wohlstand im Land

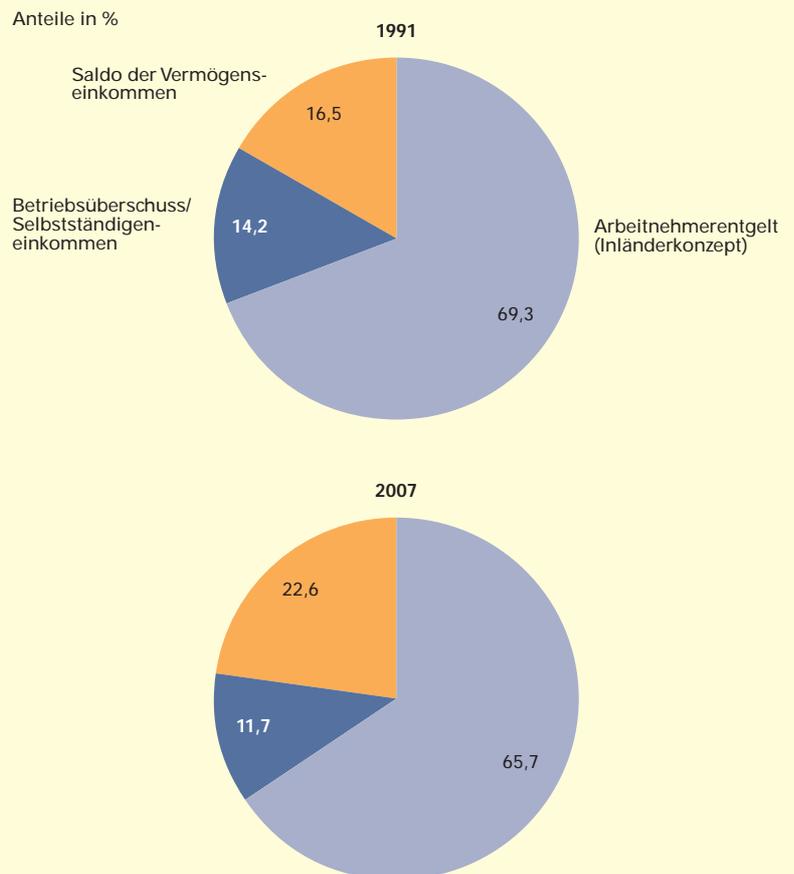
In Baden-Württemberg ergab sich 2007 ein Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte von gut 217 Mrd. Euro. Das waren rund 82 % des Primäreinkommens. Das heißt, dass die Baden-Württemberger durch die Einkommensumverteilung per saldo mehr abgegeben als bekommen haben. Im Vergleich der Bundesländer sind Baden-Württemberg, Bayern und Hessen jene Länder, deren private Haushalte prozentual am meisten von ihrem ursprünglichen Einkommen durch die Umverteilung

verlieren. Dagegen war in Ostdeutschland⁹ das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte fast genau so groß wie das Primäreinkommen und vor 2007 lag es größtenteils sogar darüber. Folglich findet bei der Umverteilung der Einkommen zwischen den privaten Haushalten ein nicht unerheblicher Einkommensabfluss von West- nach Ostdeutschland statt. Trotzdem ist das Wohlstandsgefälle beachtlich: 2007 unterschritt das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Ostdeutschland den Durchschnitt Westdeutschlands von gut 19 000 Euro noch um rund 20 %. Baden-Württembergs Pro-Kopf-Wert lag mit fast 20 200 Euro an der Spitze der Flächenländer, gefolgt von Bayern (19 700 Euro) und Nordrhein-Westfalen (19 300 Euro). Gegenüber 1991 hat das Verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte je Einwohner in Baden-Württemberg bis 2007 um rund 40 % zugenommen (Deutschland: gut 47 %). Unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten, das heißt

- 7 Im gesamten Umverteilungsprozess spielen die privaten Sozialschutzsysteme (zum Beispiel Versicherungsgesellschaften) im Vergleich zum Staat eine ziemlich untergeordnete Rolle. Hinweise dafür liefern die vollständigen Sektorkonten der nationalen VGR.
- 8 Berechnet als die Summe der Umverteilungskomponenten, wie sie in der Übersicht beim Übergang vom Primäreinkommen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte dargestellt sind.
- 9 Ostdeutschland = neue Bundesländer ohne Berlin, Westdeutschland = alte Bundesländer einschließlich Berlin.

S2

Struktur der Primäreinkommen der privaten Haushalte*) in Baden-Württemberg 1991 und 2007



*) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Berechnungsstand August 2008.

in der realen Betrachtung, reduziert sich dieser hohe Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens allerdings auf rund 4 % (Deutschland: 7,5 %).

Wie sich die Einkommen auf einzelne Haushaltstypen oder Personen verteilen, geht aus den regionalen VGR nicht hervor. Zu Fragen der personellen Einkommensverteilung, bei denen insbesondere der Grad der Ungleichverteilung im Vordergrund steht, ist auf andere

Informationsquellen wie die in mehrjährigen Abständen durchgeführte Einkommensteuerstatistik und Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu verweisen. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Berthold Fischer, Telefon 0711/641-24 70,
Berthold.Fischer@stala.bwl.de

kurz notiert ...

Erstmals seit 1950 sind 2009 die Bruttoverdienste in Baden-Württemberg gesunken

Die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Baden-Württemberg verdienten 2009 ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 3 293 Euro brutto im Monat. Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst, einschließlich aller Sonderzahlungen, lag bei 43 597 Euro und damit mehr als 500 Euro (- 1,2 %) niedriger als noch im Jahresdurchschnitt 2008 mit 44 123 Euro.

Vor allem krisenbedingte Kurzarbeit und geringere Sonderzahlungen waren für den Rückgang verantwortlich und führten damit erstmalig seit Beginn der laufenden Erfassung von Löhnen und Gehältern in der amtlichen Statistik im Jahr 1950 zu sinkenden Bruttoverdiensten. Das Kurzarbeitergeld, das die Verdiensteinbußen der Arbeitnehmer teilweise kompensiert, ist bei den genannten Bruttoverdiensten nicht enthalten.

Die negative Verdienstentwicklung bei den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern war dabei nicht branchenübergreifend, sondern konzentrierte sich auf einige, dafür sehr bedeutende Industriebereiche des Landes. Während der Dienstleistungssektor nur punktuell von rückläufigen Bruttoverdiensten betroffen war, mußten die Beschäftigten in den Schlüsselindustrien Baden-Württembergs, insbesondere im Maschinenbau und im Fahrzeugbau sowie im Bereich »Metallerzeugung- und -bearbeitung; Herstellung von Metallerzeugnissen«, spürbare Verdiensteinbußen in Kauf nehmen. Nach wie vor liegen die Bruttojahresverdienste im Maschinenbau mit 48 523 Euro und im Fahrzeugbau mit 53 112 Euro noch deutlich über dem Durchschnittsverdienst in der Gesamtwirtschaft.

Verbraucherpreise im Südwesten ziehen wieder merklich an

Im März 2010 erhöhte sich der Verbraucherpreisindex für Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,3 % auf einen Indexstand von 108,3. Dies ist der höchste Anstieg der Teuerungsrate seit mehr als einem Jahr. Zuletzt legten die Preise im Februar 2009 im vergleichbaren Umfang zu. Gegenüber dem Vormonat Februar stieg der Verbraucherpreisindex im März 2010 um 0,7 %.

Hauptgrund für den Anstieg gegenüber März 2009 war das deutliche Anziehen der Preise bei Kraftstoffen und Heizöl. So legte der Kraftstoffpreis um 20,8 % zu, Heizöl verteuerte sich sogar um 29,7 %. Ohne Berücksichtigung dieser Mineralölprodukte läge die Gesamtteuerungsrate bei nur 0,4 %. Zugelegt hat auch der Strompreis (3,5 %). Deutlich billiger wurden dagegen andere Haushaltsenergiearten. So verringerte sich der Gaspreis aufgrund der nachgelagerten Koppelung an den Ölpreis um 18,9 % und vollzog damit dessen Entwicklung der letzten Monate nach.

Leicht rückläufig waren binnen Jahresfrist die Preise bei Nahrungsmitteln. Insbesondere Kartoffeln und Mehl wurden deutlich billiger. Auch bei Obst und Vollmilch gab es Preisrückgänge.

Bei den Ausgaben rund um das Wohnen (Miete einschließlich Nebenkosten) belief sich der Preisanstieg auf 1,0 %. Bei Pauschalreisen (2,4 %) und Bekleidung (1,8 %) legten die Preise ebenfalls zu.

Gegenüber dem Vormonat Februar 2010 verteuerte sich der Kraftstoffpreis um 7,7 %. Auch der Heizöl- (7,2 %) und Strompreis (1,5 %) haben zugelegt. ■